

### III. Deutschland: Die Neudeutung der Vergangenheit

Veit Swoboda

#### 1. Kontext

##### 1.1 Außenpolitische Identität

Die deutsche Identität ist geprägt von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Kernelemente dieser Identität, wie sie bspw. im Diskurs über die Wiederbewaffnung Deutschlands in den 1950er Jahren zutage traten, sind *Deutschland in Europa* und *im Westen*, das *verantwortungsbewusste Deutschland*, das *multilaterale Deutschland* und – als „systemisches“ Element – die *deutsche Frage* (vgl. Nadoll 2003: 350). Grundsätzlich findet die Wahrnehmung durch das Ausland in deutschen Diskursen große Beachtung (vgl. Gordon 1994: 233).

Im Laufe der Nachkriegszeit differenzierte sich der deutsche außen- und sicherheitspolitische Diskurs immer weiter aus. Dies betraf vor allem die Frage, wie die Vergangenheit zu interpretieren sei, und was die damit verbundene deutsche Identität für die Außenpolitik der Bundesrepublik zu bedeuten habe. Analytisch betrachtet entstanden bis Anfang der 1990er Jahre zwei Diskursformationen (vgl. Abbildung 1): Jene der *Zurückhaltung* und jene der *Normalisierung* (vgl. Katsioulis/Nadoll 2003: 354-356; Baumann/Hellmann 2001).<sup>1</sup> Die Vertreter der erstgenannten Diskursformation leiteten aus der Vergangenheit ein prinzipielles „sich Zurücknehmen“ im außenpolitischen Stil und Engagement und insbesondere in Fragen militärischer Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets („Out-of-area“) ab. Vertreter der zweiten Formation wollten diese Dinge hingegen nur als vorübergehende Maßnahmen zur Vertrauensbildung verstanden wissen. Als Endziel fassten sie eine „normale Außenpolitik“ eines demokratischen Staates in Europa ins Auge. Interpretierten die Anhänger der *Zurückhaltung* diese als einen positiven, angemessenen Lernfolg aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust, brachte *Zurückhaltung* für die Verfechter der *Normalisierung* lediglich eine tiefliegende Verstörung und beschädigte außenpolitische Identität zum Ausdruck (vgl. Bach 1999: 93).

Bis zur Mitte der 1990er Jahre dominierte die Diskursformation der *Zurückhaltung* eindeutig. Von da an mehrten sich jedoch Anzeichen, dass die *Normalisierung*

1 Wir übernehmen damit Begriffe, die zur Charakterisierung des wissenschaftlichen Diskurses bereits eingeführt sind. Die Bezeichnung „Zurückhaltung“ geht auf eine Äußerung des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühle zurück. Katzenstein (1997: 2) spricht von einer „culture of restraint“ (auch: „reticence“), Bach (1999: 93) benennt diese Formation „liberal“.

an Durchsetzungsstärke gewann.<sup>2</sup> Genährt wird dieser Befund durch eine vermehrt interessenorientierte Europapolitik auf der Verhaltensebene.<sup>3</sup> Zudem diagnostizieren empirische Untersuchungen eine Zunahme realpolitischer, der Diskursformation der *Normalisierung* zurechenbarer Argumentationsmuster (vgl. Baumann 2002; Buras/-Longhurst 2004: 220-221).

Für den deutschen Diskurs gilt es abgesehen von diesen Entwicklungen auf eine weitere Besonderheit hinzuweisen: Die Stabilität der außenpolitischen Identität basiert auf ähnlichen Argumentationsmustern, keineswegs jedoch auf ähnlichen Diskurskoalitionen. Das heißt: In außenpolitischen Diskursen bleiben die Argumentationsmuster stets weitgehend stabil und unverändert. Sie werden jedoch von immer wieder anderen, wechselnden Diskursteilnehmern vorgebracht.<sup>4</sup>

Die erste signifikante Modifizierung der deutschen außenpolitischen Identität erfolgte erst dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Wiederbewaffnungs-Diskurs, ausgelöst durch den zweiten Golf-Krieg (1990/91). Eine zentrale Etappe markierte in diesem Kontext die Debatte um deutsche Auslandseinsätze, denn in ihrer Folge spaltete sich die bis dahin dominante Diskursformation der *Zurückhaltung* in zwei Stränge mit verschiedenen Handlungsempfehlungen auf: Während die Anhänger der traditionellen, pazifistischen Linie (PDS, linke Flügel bei SPD, FDP und Grünen) bei dem Argument des „nie wieder Krieg“ und der Forderung nach unbedingter Zurückhaltung blieben, nuancierte dies eine größere Gruppe um den späteren Außenminister Joschka Fischer mit dem Schlagwort „nie wieder Auschwitz“. Sie argumentierte, dass gerade die deutsche Vergangenheit dazu verpflichtete, gegen Völkermord international einzuschreiten (vgl. Katsioulis/Nadoll 2003: 356-357). Während der Bosnien-Kriege ging diese neue Diskursformation der *bedingten Zurückhaltung* in den Handlungsempfehlungen mit den Vertretern der *Normalisierung* zusammen, die ein bestimmteres deutsches Auftreten auf der internationalen Bühne anstrebten (vgl. Dalgaard-Nielsen 2003: 105). Es etablierte sich eine neue Diskurshegemonie, die einerseits durch das Argument der „Bündnisfähigkeit“ und der „Glaubwürdigkeit“ gekennzeichnet war, andererseits durch das Argument der moralischen Verpflichtung zur Intervention. Diese neue Diskurshegemonie resultierte gleichwohl noch nicht in einer Veränderung des Verhaltens: Deutschlands Sicherheitspolitik war Mitte der 1990er Jahre immer noch überwiegend passiv und zurückhaltend.

2 Instrukтив ist in diesem Zusammenhang die reichhaltige wissenschaftliche Diskussion in der Zeitschrift *WeltTrends*, die Hellmann (2004) mit seiner These zur „machtpolitischen Resozialisierung deutscher Außenpolitik“ ausgelöst hat.

3 Beispiele hierfür sind das deutsche Außenverhalten bei der Gründung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, bei der Dienstleistungsrichtlinie der EU-Kommission oder bei der Asylpolitik.

4 Während sich etwa die CDU/CSU im Zuge des Wiederbewaffnungs-Diskurses mit Verweis auf die historische Verantwortung Deutschlands mehrheitlich für Zurückhaltung ausgesprochen, die Mehrheit der SPD hingegen für ein bestimmteres Auftreten plädiert hatte, kehrte sich die Argumentation der Parteien bei der Out-of-area-Debatte um, vgl. Katsioulis/Nadoll (2003: 363-364).

Abbildung 1) Die deutsche Identitätskonstruktion (Darst.: Bernhard Stahl)

	Diskursformation der unbedingten Zurückhaltung	Diskursformation der bedingten Zurückhaltung	Diskursformation der Normalisierung
Identitätselemente	das verantwortungsbewusste D; das europäische D; die deutsche Frage	das verantwortungsbewusste D; das europäische D; das multilaterale D; D als Teil des Westens; die deutsche Frage	die deutsche Frage; D als Teil des Westens; das europäische D; das multilaterale D
Argumentationsmuster	Einzigartige moralische Verantwortung militärische Mittel abzulehnen („nie wieder Krieg“); keine deutschen Uniformen im Ausland; historisch bedingte Ängste der Nachbarn vermeiden; Leiden der Zivilbevölkerung	Moralische Verantwortung aus dt. Geschichte („nie wieder Auschwitz“); Glaubwürdigkeit; Verantwortung ggü. Partnern; humanitäre Erfordernisse; Respekt des Völkerrechts; Förderung des Friedens; Überwindung unilateraler Machtpolitik; Gewalt als ultima ratio	Verantwortung als große gereifte Demokratie; verlässlicher Partner; Bündnisfähigkeit und Bündnissolidarität; Europafähigkeit; Vermeidung von Sonderwegen („nie allein“); regionale Stabilität; deutsche Interessenpolitik legitim
Handlungsempfehlungen	Keine Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr; Bemühen um diplomatische Lösungen; Verhinderung der Militarisierung der GASP	Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen; Teilnahme an humanitären Interventionen möglich; Vertiefung der GASP; aktives Mitwirken an ESVP und NATO-Einsatzverbänden	Verhalten entsprechend der Größe Deutschlands und der Erwartungen an eine „normale“ Demokratie; Auslandseinsatz gemäß Interessenlage und Ressourcen; aktives Mitwirken an ESVP und NATO-Verbänden
Diskursträger (nicht stabil!)	PDS (2007 in Partei DIE LINKE aufgegangen); Bündnis 90/Die Grünen (Pazifisten); Linke in der SPD; Linke in der FDP	Bündnis 90/Die Grünen (Realos); Mitte und Rechte in der SPD; Linke in der FDP; „Europäer“ in der CDU	„Realisten“ in der SPD; Mehrheit der FDP; CSU; „Atlantiker“ in der CDU

## 1.2 Diskursstruktur<sup>5</sup>

Außenpolitische Diskurse werden in der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie von der politischen Führungselite bestimmt. Das Grundgesetz und die Geschäfts-

<sup>5</sup> Dieser Abschnitt ist eine aktualisierte Version eines Manuskripts, das Jörg Nadoll im Rahmen des PAFE-Projekts angefertigt hat, vgl. hierzu die Einleitung in diesem Band.

ordnungen der Bundesorgane geben für die Diskursstruktur zwar Anhaltspunkte, identifizieren aber weder alle noch die relevanten Teilnehmer. Innerhalb der Führungselite ist die Diskursstruktur relativ breit aufgefächert: Sie umfasst die Bundesregierung, insbesondere den Bundeskanzler und das Kanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Verteidigungsministerium, sowie – für die Europapolitik – das Finanzministerium. Innerhalb der Bundesregierung – im Kabinett – nimmt der Bundeskanzler (bzw. die Bundeskanzlerin) eine herausragende Stellung ein. Nach Art. 65 GG verfügt er über die politische Richtlinienkompetenz, im Verteidigungsfall hat er die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte inne. Zudem verantwortet er die Regierungspolitik gegenüber Bundestag und Öffentlichkeit. Er ist damit der wichtigste Diskursträger in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Die Federführung für die gesamte zwischenstaatliche und multilaterale Politik (mit Ausnahme der Außenwirtschafts-, der Währungs- und teilweise der Entwicklungspolitik) obliegt dem Auswärtigen Amt. Trotz seines relativen Machtverlustes – auch zugunsten des Kanzleramtes – haben sich die Außenminister in der Vergangenheit als „privilegierte“ Diskursträger erwiesen.

Weiterhin sind der Bundestag als Kollektivorgan, Fraktionsvertreter sowie das Bundesverfassungsgericht als Diskursteilnehmer zu berücksichtigen. Das Verfassungsgericht ist seit Beginn der 1990er Jahre immer häufiger in außenpolitischen Streitfragen angerufen worden (vgl. Bierling 1999: 31). Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind die Verfahren über den Vertrag von Maastricht, über den Bundeswehreininsatz in Somalia oder über die Beteiligung deutscher Soldaten an der Konfliktüberwachung im ehemaligen Jugoslawien. Der Bundespräsident hält sich in aktuellen außenpolitischen Streitfragen zwar meist zurück, wirkt jedoch als bedeutender geschichtspolitischer Akteur (vgl. Jochum 2007: 172).

In der Vergangenheit nahmen im Ausnahmefall auch Teile der Bevölkerung am außenpolitischen Diskurs teil – so durch öffentlichen Protest und Demonstrationen anlässlich der Pershing-II-Stationierung. In der Regel rangieren auswärtige Angelegenheiten auf der Prioritätenliste der Öffentlichkeit aber weit unten (vgl. Dobler 1989). Es besteht eine deutliche Kongruenz zwischen Bevölkerungs- und Elitenmeinungen, so dass von einem außenpolitischen Grundkonsens gesprochen werden kann.<sup>6</sup> Öffentliche Meinung tritt in Deutschland des Weiteren als „veröffentlichte Meinung“ in Erscheinung, die durch die Medien artikuliert und verbreitet wird. In der Bundesrepublik beteiligen sich allerdings nur wenige Tages- und Wochenzeitungen – etwa in Form eigener Kommentare – auch selbst am außenpolitischen Diskurs. Eigene Diskursbeiträge leisten etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung,

6 Allerdings schätzen die Befragten aus Ostdeutschland militärische Aspekte der Sicherheitspolitik wesentlich skeptischer ein als ihre westdeutschen Mitbürger, so z. B. Fragen zur Existenz der Bundeswehr, zur deutschen Mitgliedschaft in der NATO oder zur sicherheitspolitischen Kooperation mit den USA. Asmus (1992: 202, 210) bezeichnet dieses Phänomen als „East German Factor“, und führt es auf die langfristige ideologische Indoktrination durch Staat und Partei in der DDR zurück, die die USA und die NATO als Feindbilder dargestellt habe.

die Zeit, der Spiegel und, seit dem Umzug des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin, auch die Berliner Zeitung.<sup>7</sup>

Da außenpolitische Entscheidungen in der Bundesrepublik vor allem durch den Bundestag legitimiert werden, kommt den Abgeordneten eine besondere Bedeutung als Diskursträger zu (vgl. Krause 1998: 140). Seit Mitte der 1970er Jahre intensivieren die Parteien ihre Außenexpertise und Außenbeziehungen. In den global ausgerichteten Internationalen der verschiedenen Parteifamilien spielen deutsche Abordnungen eine wichtige Rolle (vgl. Bartsch 1998: 180).<sup>8</sup> Ein beträchtlicher Teil dessen, was zu außenpolitischen Fragen über die Medien in die Öffentlichkeit kommuniziert wird, ist parteipolitisch vermittelt (vgl. ebd.: 170). Die nachhaltigsten außenpolitischen Debatten finden nach wie vor im Bundestag statt, obwohl auch hier die Tendenz besteht, sie in die Medien – etwa Talkshows – zu verlagern. Vor allem die Oppositionsparteien nutzen „Aktuelle Stunden“ und Große Anfragen im Bundestag dazu, die Außenpolitik der Regierung zu hinterfragen (vgl. Ismayr 2007: 183). Die Fraktionen des Bundestages sind somit entscheidende Träger außenpolitischer Diskurse. Da jedoch – ebenso wie in vielen anderen Politikbereichen – auch in der Außenpolitik die Weichenstellungen zunehmend auf Ebene der Regierungs-, Partei- oder Fraktionsspitzen vorgenommen werden (vgl. Siwert-Probst 1998), sind insbesondere die Angehörigen dieser Gremien als potenzielle Diskursträger zu betrachten.

### 1.3 Deutsche Sicherheitspolitik und Jugoslawien<sup>9</sup>

Deutschland betreibt eine aktive Außenpolitik, die insgesamt durch Kontinuität und insbesondere durch multilaterales Handeln gekennzeichnet ist. Unilaterale Aktionen werden weitestgehend vermieden. Der bevorzugte Kooperationsrahmen deutscher Außenpolitik ist die EU. Innerhalb dieses Rahmens nehmen die deutsch-französischen Beziehungen einen hohen Stellenwert ein. Sicherheitspolitisch bildet die NATO den bevorzugten Handlungsrahmen, insbesondere die enge Abstimmung mit den USA ist zentral. Die gleichzeitige Präferenz von europäischer Verteidigungsintegration und transatlantischer Sicherheitspartnerschaft ist ein Charakteristikum deutscher Außenpolitik. Trotz der zunehmenden Teilnahme an militärischen Operationen seit Mitte der 1990er Jahre bevorzugt Deutschland nichtmilitärische Instrumente der Konfliktbearbeitung.

7 Ein Beispiel für eine außenpolitische Verhaltensänderung der Bundesregierung aufgrund medialen Drucks ist es etwa, dass sie in den 1980er Jahren eine europäische und globale Vorreiterrolle im Umweltschutz übernahm. Und auch die Anerkennungen Sloweniens und Kroatiens 1991 lassen sich hierauf zurückführen, vgl. Mandelbaum (1996: 30).

8 Ausschlaggebend hierfür ist u. a. ihre von der engen Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen vielfältig profitierende internationale Vernetzung, die an Intensität und Breite weltweit beispiellos ist, vgl. Bartsch (1998: 180).

9 Dieser Abschnitt ist eine Synopse aus Maull/Stahl (2002), vgl. auch ausführlicher Maull (1996).

Vor dem Ausbruch der Gewalt im Frühjahr 1991 hatte Deutschlands Diplomatie die Vorgänge in Jugoslawien vernachlässigt: Bonn war mit dem Vollzug und der internationalen Einbettung der deutschen Wiedervereinigung und mit der Kuwait-Krise beschäftigt. Erst im Sommer 1991 erkannte das Auswärtige Amt in den eskalierenden Spannungen eine massive Gefährdung der europäischen Sicherheit und Stabilität, die entschlossene Gegenmaßnahmen erforderlich mache. Bonn identifizierte dabei vor allem den serbischen Präsidenten Milošević und seine Politik der schrittweisen, gewaltsamen Schaffung eines „Großserbien“ als Kern des Problems (vgl. Woodward 1995: 186). Es tendierte zugleich dazu, die gefährlichen Implikationen der ethno-nationalistischen Politiken in Kroatien und Slowenien (sowie auch anderen Teilen Jugoslawiens) zu unterschätzen. Aus Sicht der Bundesregierung stellten die Konflikte dort in erster Linie Aggressionskriege, weniger ethnisch motivierte Bürgerkriege dar (vgl. Libal 1994: 234). Die frühzeitige und dezidierte Forderung nach Sanktionen sowie die Internationalisierung des Konfliktes durch die Bemühung um die Anerkennung der Teilrepubliken Kroatien und Slowenien brachte Deutschland allerdings in Gegensatz zu wichtigen Verbündeten. Dies betraf in erster Linie Frankreich, Großbritannien und die USA, jedoch auch den niederländischen Ratsvorsitz der EG, den UN-Sicherheitsrat und den UN-Generalsekretär. Die Bundesregierung bemühte sich daraufhin energisch, die Verbündeten umzustimmen, um die Positionen der EG und der UN zu verändern (vgl. Crawford 1996: 497-498). Nachdem sich die EG-Außenminister am 17. Dezember 1991 auf die gemeinsame Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu einem späteren Zeitpunkt verständigt hatten, brach die Kohl-Regierung aus dem mühsam erreichten Kompromiss aber wieder aus: Noch vor Weihnachten erkannte sie – nicht zuletzt im Vorgriff zu den Empfehlungen der von der EG eingesetzten Badinter-Kommission – die beiden Teilrepubliken unilateral an.

Folgte die deutsche Jugoslawienpolitik bis dahin einem klaren Konzept, so blieb dies nach dem Überspringen der Gewalt auf Bosnien im Frühjahr 1992 aus. Die Bundesregierung setzte zum einen auf multilaterale Vermittlungsbemühungen, die sich zunächst auf die „Internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien“ konzentrierten und anschließend auf die Kontaktgruppe und die UN übergingen. In all diesen Institutionen war das deutsche Gewicht begrenzt. Die Leitung der internationalen Konferenz oblag den Vermittlern der EG und der UN, David Owen und Cyrus Vance. Innerhalb der Kontaktgruppe bestand die deutsche Rolle primär darin, diplomatischen Druck auf Kroatien auszuüben um dessen Zustimmung zu etwaigen Lösungsvorschlägen zu sichern und sein Verhältnis zur bosniakischen Führung zu verbessern.<sup>10</sup> Deutschland leistete außerdem humanitäre Hilfe und forderte eine Verschärfung der Sanktionen gegen Serbien (vgl. Thumann 1994: 16-17). Im Jahr 1992 wirkte die Bundeswehr schließlich an der maritimen Überwachung des UN-Embargos gegen Jugoslawien mit (Operation Sharp Guard).

10 Im Gegenzug setzte sich die Bundesrepublik immer wieder für kroatische Interessen ein und förderte die Republik wirtschaftlich und diplomatisch, vgl. *Kinkel äußert Verständnis für die Position Kroatiens*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1994, S. 1.

Zum anderen bemühte sich die Bundesregierung um einen Ausgleich zwischen den Positionen Frankreichs (Aufhebung des Waffenembargos) und der USA (selektive Luftschläge). Einerseits suchte sie im Rahmen gemeinsamer Initiativen den Schulterchluss mit Paris, andererseits orientierte sie sich, insbesondere mit ihrem Engagement für eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien, im weiteren Verlauf stark an Washington (vgl. Lucarelli 1997: 48). Sie unterstützte die amerikanische Position, äußerte aber zugleich Verständnis für die Sorgen Frankreichs und Großbritanniens um die Sicherheit ihrer UNPROFOR-Soldaten gegenüber serbischen Repressalien. Kurz: Die Bonner Diplomatie konnte sich zu keiner klaren Haltung durchringen. Erst die Initiativen der USA im Frühjahr und Sommer 1995 und der französische Schwenk brachen diese verfahrenere Situation auf. Im Rahmen der amerikanischen Doppelstrategie, zunächst die militärischen Kräfteverhältnisse zu verändern und anschließend in Verhandlungen einzutreten, übernahm es Deutschland, die Annäherung zwischen der bosnischen Föderation und Kroatien zu unterstützen.

Bei den Friedensverhandlungen in Dayton 1995 spielte Deutschland eine Nebenrolle. Es konnte sich lediglich zugute halten, dass die territoriale Aufteilung Bosniens im Friedensvertrag auf den deutsch-französischen Vorstellungen des Kinkel-Juppé-Plans vom Sommer 1993 beruhte. In modifizierter Form wurden diese Vorschläge zur Grundlage der Vermittlungsbemühungen der Kontaktgruppe und schließlich auch der Vereinbarungen in Dayton. Im Rahmen der IFOR-Truppen, die mit der Implementierung der militärischen Komponente des Friedensabkommens beauftragt waren, beteiligte sich die Bundeswehr mit rund 4.000 Soldaten.

## 2. Der deutsche Kosovo-Diskurs

Der Kosovo-Konflikt markiert einen Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte: Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg beteiligten sich deutsche Soldaten aktiv an militärischen Erzwingungsmaßnahmen ohne UN-Mandat – und dies außerhalb des NATO-Bündnisgebiets. Das Verhaltensrätsel liegt angesichts dessen auf der Hand: Wie wurde die Kriegsteilnahme gerechtfertigt?

Identitär und diskursbezogen steht der Konflikt in der Reihe der oben beschriebenen, teilweise heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen um die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik nach der deutschen Wiedervereinigung (vgl. Katsioulis/Nadoll 2003; Philippi 1997; Müller 1994). Die strikte Ablehnung militärischer Beiträge im Golf-Krieg und den Jugoslawien-Kriegen fand zunehmend Kritiker und mündete Mitte der 1990er Jahre in der skizzierten Aufspaltung der Diskursformation der *Zurückhaltung*. Das Diskursrätsel lautet daher, ob und in welcher Weise sich diese, noch fragile Diskurshegemonie, in der Kosovo-Krise behaupten konnte.

## 2.1 Der Diskurs

Die deutsche Öffentlichkeit nahm die Eskalation der Gewalt im Kosovo lange Zeit nicht wahr. Und dies, obwohl sich der Außenminister der Regierung Kohl, Klaus Kinkel (FDP), früh und wiederholt mit warnenden Lageeinschätzungen zu Wort gemeldet hatte.<sup>11</sup> Die Parlamentsdebatte über den Antrag der Bundesregierung auf eine deutsche Beteiligung an den NATO-Luftoperationen vom 16. Oktober 1998 markiert daher zum einen den zeitlichen Beginn der ersten Phase des Kosovo-Diskurses, die sich bis zum Beginn der Luftschläge im März 1999 erstreckte. Sie ist zum anderen maßgeblich für die Konstituierung der Diskurspositionen (vgl. Schwab-Trapp 2002: 255-256; Joetze 2001: 41-42).<sup>12</sup> Der Bundestag trat unter besonderen Umständen zusammen: Erstens auf gemeinsame Einladung der noch amtierenden Regierung Kohl und der bereits gewählten Regierung Schröder, zweitens in der „alten“ Zusammensetzung des Bundestages der 13. Legislaturperiode. Auch den zu debattierenden Antrag hatten Vorgänger- und Nachfolgeregierung gemeinsam entworfen. Die Bundestagsdebatte vom 25. Februar 1999 war dann von der Zuspitzung des Konflikts, dem sich abzeichnenden Scheitern der Friedensverhandlungen in Rambouillet und somit dem möglichen Einsatz der NATO geprägt.

### 2.1.1 Das frühe Ja – „humanitäre Katastrophe“ und „Bündnissolidarität“

Für den deutschen Kosovo-Diskurs ist kennzeichnend, dass sich sowohl die führenden Diskursträger der künftigen Regierung – der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) – als auch jene des scheidenden Kabinetts deutlich *für* eine Intervention der internationalen Gemeinschaft und eine deutsche Beteiligung daran aussprachen. Gerhard Schröder begründete seine Haltung dabei in erster Linie moralisch – mit dem „Verhindern einer humanitären Katastrophe“, und der Beendigung von „Mord, Vertreibung“ und „unsagbarem Flüchtlingselend“. Für ihn war offensichtlich, „dass wir Europäer und die internationale Gemeinschaft insgesamt eine solche systematische Verletzung von Menschenrechten, ein solches Ausmaß von Gewalt nicht hinnehmen dürfen“.<sup>13</sup> Die Position der Regierung Kohl aus den frühen 1990er Jahren, wonach kein Bundeswehr-Soldat dort eingesetzt werden dürfe wo Wehrmächts-Soldaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft hätten (vgl. Biehl 2001: 17), wies er zurück:

11 Vgl. Kinkel, Klaus: *Erklärung zur Lage im Kosovo*, 6. März 1998, [http://www.auswaertigesamt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=606](http://www.auswaertigesamt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=606) [13.2.2004]: „Die Lage im Kosovo ist hochexplosiv. Es ist fünf vor zwölf. Die Lunte am Pulverfaß der ethnischen Auseinandersetzungen zwischen den Kosovo-Albanern und Belgrad glimmt bereits.“

12 Auch Fidler Damrosch (2004: 143) hat die Bundestagsdebatte als „a watershed“ bezeichnet.

13 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23136.



„[...] die Tatsache, daß Deutschland unter einer verbrecherischen Führung auf dem Balkan schuldig geworden ist, erlaubt es dem demokratischen Deutschland von heute nicht, in diesem Teil Europas Verbrechen geschehen zu lassen [...], eher umgekehrt.“<sup>14</sup>

Auch in dem Aufbau einer militärischen Drohkulisse durch die NATO sah Schröder eine geeignete Strategie den Konflikt zu lösen. Dabei betonte er gleichzeitig die Notwendigkeit weiterer diplomatischer Anstrengungen. Die deutsche Unterstützung der NATO sei insbesondere deshalb sei essenziell, weil Milošević auf eine Handlungsunfähigkeit des Bündnisses gerade wegen der politischen Übergangssituation in Deutschland hoffe. Das Ziel des angedrohten Militärschlages sei auch moderat: Es ginge lediglich darum, die Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge und ihre Versorgung zu schaffen, und zugleich die politische Lösung des Konfliktes insgesamt zu ermöglichen. Schröder forderte die serbische Regierung zu demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen auf, um das Land in Einklang mit europäischen Normen und Standards zu bringen und die Region dauerhaft zu befrieden.<sup>15</sup> Sein designierter Außenminister Joschka Fischer spitzte dieses Argument noch zu:

„Europa ist gegenwärtig zweigeteilt. [...] einerseits das Europa der Vergangenheit, der Kriege und der ethnischen Säuberungen, andererseits das Europa der Zukunft, der Integration und [...] des Verschwindens des Krieges als Mittel der Politik [...]. Wir werden den südlichen Balkan hin zum Europa der Integration entwickeln müssen.“<sup>16</sup>

Beide Diskursträger gingen des Weiteren nachhaltig auf die Ursachen des Konfliktes ein. Die Hauptschuld gaben sie dabei der Belgrader Regierung. So hielt Schröder fest:

„Manchmal ist es gewiß schwer, in internationalen Krisen die Schuldigen genau zu definieren. Hier ist es [...] nicht schwer: Auslöser des Konfliktes ist [...] Milosevic, der im Zuge einer großserbisch-nationalistischen Politik das Autonomiestatut für den Kosovo aufgehoben hat.“<sup>17</sup>

Fischer, der deutlicher als andere Befürworter auf die Ursachenfrage einging, verwies auf eine „rational nicht mehr erklärbare, ethisch nicht mehr verantwortbare, [...] auf aggressivem Nationalismus beruhende Politik Belgrads“.<sup>18</sup> Seine Lagebeurteilung, seine Wahrnehmung der Konfliktgegner und seine daraus resultierenden Handlungsempfehlungen gewannen nach seinen ergebnislosen Dialogversuchen in Belgrad noch an Schärfe:

„Nachdem ich dort auf die Intransigenz der Beteiligten, vor allen Dingen [...] der Regierung aus Belgrad, gestoßen bin und mitbekommen habe, wie hier [...] Gewalt, Mord und Krieg ganz

14 Ebd.: S. 23137.

15 Ebd.

16 Fischer, Joschka (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/22, 25. Februar 1999, S. 1705.

17 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. S. 23135. Die Festlegung Schröders, dass Milošević der Schuldige und Aggressor in dem Konflikt sei, erlangte in deutlicher Form die Diskurshoheit und wurde von nahezu allen Diskursträgern geteilt.

18 Fischer, Joschka (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23142.

selbstverständlich als Mittel der Politik in das Kalkül einbezogen werden, sage ich Ihnen: Wegschauen bedeutet die Akzeptanz dieser mörderischen Logik.“<sup>19</sup>

Schröder stellte sich indessen hinter den Präsidenten der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, und relativierte die Anschläge „eines Teiles der Kosovo-Albaner“: Rugova habe jahrelang vor der Radikalisierung seiner Landsleute gewarnt.<sup>20</sup> Mit diesen Einschätzungen hoben sich der künftige Bundeskanzler und sein Außenminister von früheren Äußerungen Klaus Kinkels ab, der noch im März 1998 die Frage nach den Schuldigen offen gelassen und von einer „Spirale von Gewalt und Gegen-gewalt“ gesprochen hatte.<sup>21</sup> Die Ereignisse des Jahres 1998 ließen dann jedoch auch den noch amtierenden Minister eindeutiger werden:

„[...] die Friedhöfe des Balkans [sic] sind voll mit gebrochenen Versprechen und Zusagen von Herrn Milosevic. Ihm darf nicht erlaubt werden, sein zynisches Katz-und-Maus-Spiel, das er jahrelang auch in Bosnien gespielt hat, fortzusetzen.“<sup>22</sup>

Maßgeblich für Kinkels Legitimation der deutschen Beteiligung waren neben den Lehren aus Bosnien aber die Lehren aus der deutschen Geschichte. Im Hinblick auf die weit verbreitete Ablehnung militärischer Gewaltmaßnahmen im Parlament und der deutschen Öffentlichkeit argumentierte er, dass auch Deutschland nicht selbst in der Lage gewesen sei, sich von seinen Tyrannen zu befreien, sondern durch die Gewalt anderer hätte befreit werden müssen.<sup>23</sup> Mit Gerhard Schröder knüpfte ein weiterer zentraler Diskursträger hier an und machte die Umdeutung dieser zentralen deutschen historischen Erfahrung („nie wieder Krieg“) explizit:

„Ich habe großen Respekt vor denjenigen, die fragen: Ist es angesichts der Geschichte des Zweiten Weltkrieges vernünftig, daß die Deutschen dabei sind? [...] Aber für mich gilt, daß man diesen Satz auch umkehren kann: Gerade wenn es historische Schuld in dieser Region gibt, kann man sie auch dadurch abtragen, daß man weiteres Morden verhindern hilft.“<sup>24</sup>

Neben der Frage nach der Berechtigung einer militärischen Intervention spielte die Debatte um die Legitimität einer nicht vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Mission eine zentrale Rolle im Diskurs. Der Verteidigungsminister der scheidenden Regierung, Volker Rühe (CDU), war der erste Diskursteilnehmer, der ein Eingreifen ohne Mandat öffentlich in Erwägung zog. Die Frage nach der völkerrechtlichen Legitimation tat er dabei lakonisch als Problem eines „juristischen Seminars“ ab.<sup>25</sup>

19 Fischer, Joschka (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/22, 25. Februar 1999, S. 1704.

20 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23136.

21 Kinkel, Klaus: *Erklärung zur Lage im Kosovo*, 6. März 1998, [http://www.auswaertigesamt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=606](http://www.auswaertigesamt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=606) [13.2.2004].

22 Kinkel, Klaus (FDP): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23128.

23 Ebd.: S. 23129.

24 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/21, 24. Februar 1999, S. 1526.

25 Zit. n. Hofmann, Gunter: *Wie Deutschland in den Krieg geriet*, in: Die ZEIT, 12. Mai 1999, [http://www.zeit.de/1999/20/199920.krieg\\_.xml](http://www.zeit.de/1999/20/199920.krieg_.xml) [2.12.2008].

Zwar bevorzuge auch er eine Autorisierung durch die UN, doch man dürfe sich nicht gefallen lassen, dass Milošević seine Militäraktionen weiter ungestört durchführe, und „uns 370 Millionen Europäern einfach ins Gesicht [lügt; Anm. d. Verf.]“.<sup>26</sup> Rühle rechtfertigte die deutsche Beteiligung anders: Im Falle fortgesetzter Angriffe auf die kosovo-albanische Zivilbevölkerung würde im Westen die Bereitschaft zu militärischer Intervention wachsen. Einen deutschen Sonderweg gelte es dann zu vermeiden.<sup>27</sup> Weniger moralische Gesichtspunkte als vielmehr die Wahrung der deutschen Handlungsfähigkeit im Bündnis waren in seiner Argumentation also zentral. Aus dem Privileg einer NATO-Mitgliedschaft ergäben sich „[...] auch Verpflichtungen: In einer schwierigen Situation darf Deutschland diese integrierten Strukturen niemals lahmlegen“.<sup>28</sup>

Faktisch an Rühle anknüpfend, nuancierte Schröder diese Argumentation. Einerseits betonte er das „Gewaltmonopol der Vereinten Nationen“ und die „Verantwortung des Sicherheitsrates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Er hoffe daher auf eine neue Sicherheitsratsresolution mit einem klaren Durchsetzungsmandat. Andererseits verwies der designierte Kanzler darauf, dass es mitnichten an den NATO-Mitgliedern liege, dass bislang kein Mandat zustande gekommen sei. Die NATO sei vielmehr gerade aus Rücksicht auf Russland und aus Respekt vor den Vereinten Nationen zum Handeln bereit. Die Resolution 1199 vom 23. September 1998 und der Verweis auf die „humanitäre Katastrophe“ reichten für Schröder als völkerrechtliche Basis also offenbar aus.<sup>29</sup> Hierin wurde er vom Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble, unterstützt. Auch dieser schöpfte die politische und moralische Legitimation für ein Einschreiten der NATO aus dem Quell der deutschen Geschichte und aus einem Bekenntnis zur fundamentalen Gültigkeit der Menschenrechte.<sup>30</sup>

Schröder verknüpfte die Entscheidung für die deutsche Beteiligung schließlich eng mit den Entscheidungen der Partner Deutschlands:

„[Es war; Anm. d. Verf.] für mich nicht ganz unwichtig [...], zu welchen Ergebnissen unsere Freunde und Verbündeten gekommen waren. Wenn alle NATO-Staaten [...] die NATO-Entscheidung unterstützen und in ihr eine ausreichende Rechtsgrundlage sehen, ist es jedenfalls für mich nicht zwingend, anzunehmen, daß alle unsere Freunde im Unrecht sind und der eine oder andere von uns im Recht.“<sup>31</sup>

26 Zit. n. Ihlau, Olaf/Pörtner, Rainer: *Zu Zuschauern degradiert*, in: Der Spiegel, 17. August 1998, S. 32.

27 Vgl. *Bonn weist Belgrader Unterstellungen zurück*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1998.

28 Rühle, Volker (CDU): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23134.

29 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23137.

30 Vgl. Schäuble, Wolfgang (CDU): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23140.

31 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23137.

Der Bundeskanzler baute im Ergebnis eine neue Brücke für das Problem der völkerrechtlichen Legitimität: Das fehlende Mandat des Sicherheitsrates wurde durch das multilaterale Vorgehen demokratischer Staaten ersetzt. Auch für Schäuble waren die Wahrung der Bündnisfähigkeit und das Vermeiden eines deutschen Ausscherens entscheidend. Einerseits, um sich als „berechenbarer, verlässlicher Bündnispartner“ zu zeigen, andererseits, um die Wirkung einer geschlossenen Front gegenüber Milošević nicht zu gefährden.<sup>32</sup>

### 2.1.2 Die Vorkriegskritik – in der Tradition der Zurückhaltung

Die Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung war vielschichtig. Strategie und Ziele des Westens kritisierte so der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, der spätere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer. Einerseits verwies er auf Versäumnisse in der Vergangenheit:

„Warum sind denn auch von NATO-Staaten die Sanktionen gegen Milosevic unterlaufen worden? Warum wurde der jugoslawischen Fluggesellschaft so spät und unvollständig das Landerecht entzogen? Ich kann nicht begreifen, wie jemand einen Kampfauftrag für die NATO ohne UNO-Mandat befürwortet, der nicht einmal bereit war, Jugoslawien die Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft zu verwehren.“<sup>33</sup>

Andererseits beklagte Volmer die Ausklammerung des Kosovo-Problems in Dayton sowie die mediale Konzentration auf das Flüchtlingsproblem. Auch militärische Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung lehnte er ab. Für ihn (und den Teil der Grünen, den er vertrat) werde dies immer mit Ressentiments behaftet bleiben. Stattdessen – und damit schlug er zugleich einen versöhnlichen Bogen zu Joschka Fischer und dem „Realo“-Flügel der Grünen – müsse man sich künftig vermehrt um präventive Konfliktvermeidungsstrategien bemühen. Begründeten die Befürworter einer Beteiligung die NATO-Einsätze mit der Gefahr regionaler Eskalation und Destabilisierung, so argumentierten Volmer und die weiteren Gegner genau umgekehrt. Unklar bleibe etwa, was die NATO im Falle eines Misserfolgs der Luftangriffe unternehmen wolle. Sowohl eine Invasion mit Bodentruppen als auch ein Wiedererstarken Miloševićs oder der UÇK hätte Destabilisierungen zur Folge, die die Region nur schwer verkraften könne.<sup>34</sup>

Auch der Fraktionschef der PDS Gregor Gysi kritisierte Strategie und Mittelwahl der Bundesregierung. Er warnte vor einer „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“<sup>35</sup> und vor dem Gebrauch von Menschenrechts- und Humanitätsargumenten als

32 Vgl. Schäuble, Wolfgang (CDU): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23140.

33 Volmer, Ludger (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23152.

34 Ebd.

35 Gysi, Gregor (PDS): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23146.

Vehikel für militärische Interventionen. Die Argumentation der „Vermeidung einer humanitären Katastrophe“ sei falsch, da eben nicht „humanitär“, sondern militärisch geholfen werde.<sup>36</sup>

Im Gegensatz zu den Befürwortern maßen die Interventionsgegner der völkerrechtlichen Legitimation mehr Gewicht zu als dem Leid der Zivilbevölkerung. Dabei nahmen auch sie – bspw. Volmer – Milošević durchaus als Aggressor wahr:

„Es kann keinen Zweifel [...] geben, daß es überfällig war, den boshaftesten Despoten in Europa [...] in seine Schranken zu verweisen, um eine humanitäre Katastrophe noch größeren Ausmaßes zu verhindern. Es kann aber auch nicht bezweifelt werden, daß die notwendige völkerrechtliche Grundlage für ein Eingreifen der NATO nicht gegeben ist. Das Fehlen eines Sicherheitsratsbeschlusses kann nicht durch andere Rechtskonstruktionen aufgewogen werden.“<sup>37</sup>

Volmer charakterisierte das Entscheidungsdilemma des Bundestages pointiert als „[...] Widerspruch zwischen [...] Legitimität und [...] Legalität eines Militäreinsatzes“.<sup>38</sup> Die Befürchtung, die Intervention könne einen völkerrechtlichen Präzedenzfall schaffen, bildete dabei für ihn und weitere Opponenten ein Hauptargument: „Die Argumentation, es handele sich um eine Ausnahme und nicht um einen Präzedenzfall, ist Augenwischerei. [...] Der Selbstmandatierung von Militärbündnissen ist Tür und Tor geöffnet [...]“.<sup>39</sup> Mit dem gleichen Argument lehnte auch der FDP-Abgeordnete und Vizepräsident des Deutschen Bundestages Burkhard Hirsch – im Gegensatz zu Außenminister Kinkel und dem Rest seiner Fraktion – eine deutsche Beteiligung ab.<sup>40</sup> Gregor Gysi warf der NATO zusätzlich sogar vor, selbst gegen die Resolution 1199 zu verstoßen und sich „auf eine Stufe mit der Bundesrepublik Jugoslawien [zu begeben; Anm. d. Verf.], die diese Resolution ebenfalls nicht einhält“. Er erinnerte an die Grundhaltung der PDS, aus politischen, moralischen, aber auch historischen Gründen stets gegen Bundeswehreinätze außerhalb des Verteidigungsauftrags zu plädieren.<sup>41</sup> Zugleich verwies er auf ähnliche Konflikte wie in Afghanistan, der Türkei oder in Nordirland, bei denen weder aus humanitären noch aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus eingegriffen werde.<sup>42</sup>

Differenzen in der Argumentation der Diskursformationen ergaben sich auch in der Beurteilung der USA. Die Befürworter betrachteten die Vereinigten Staaten in erster Linie als Verbündete, denen maßgeblich an einer – im besten Fall friedlichen – Lösung des Konflikts gelegen sei. Die Interventionsgegner unterstellten hingegen andere Motive:

36 Ebd.: S. 23145.

37 Volmer, Ludger (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23151.

38 Ebd.

39 Ebd.: S. 23152.

40 Vgl. Hirsch, Burkhard (FDP): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23159.

41 Gysi, Gregor (PDS): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23146.

42 Ebd.: S. 23145.

„Es ist ja kein Geheimnis, daß eine solche Entwicklung gerade dort Anhänger hat, wo die Verfügung über mächtige Militärapparate Anlaß zu der Überlegung gibt, ob man denn die Macht mit zahlreichen anderen ärmeren, schwächeren Ländern im Rahmen internationaler Organisation teilen soll, wenn man stark genug ist, den eigenen Willen jederzeit überall durchsetzen zu können.“<sup>43</sup>

Aus dieser Wahrnehmung der USA sowie aus dem Umstand das ein UN-Mandat für die Luftschläge fehlte, ergab sich für die PDS-Abgeordnete Heidi Lippmann-Kasten das Gebot für eine andere Weltordnungspolitik. Es gehe darum,

„[...] daß an die Stelle des Rechts der Mächtigen die Herrschaft des Rechts gesetzt wird. Dazu ist erforderlich, die Vereinten Nationen und ihre Regionalorganisationen wie die OSZE, zu stärken; denn sie sind für den Weltfrieden und für die internationale Sicherheit zuständig und nicht in erster Linie die NATO oder die Bundeswehr. Frieden militärisch erzwingen zu wollen, darf nicht zum zukünftigen Primat der Außen- und Sicherheitspolitik werden, denn in den allermeisten Fällen [...] wird dies nicht funktionieren.“<sup>44</sup>

Diesen Einwänden zum Trotz wurde der Antrag der Bundesregierung schließlich mit großer Mehrheit angenommen.<sup>45</sup> Die erhoffte friedliche Lösung des Konflikts blieb indes aus.

### 2.1.3 Nach dem Beginn der Luftschläge – Prononcierung der Argumentationen

Mit dem Start der Operation Allied Force der NATO am 24. März 1999 setzte im deutschen Kosovo-Diskurs eine zweite Phase ein. Zu Beginn blieb die Argumentation der Interventionsbefürworter indes stabil. In einer Fernsehansprache am gleichen Tag konstatierte Bundeskanzler Schröder: „[Deutschland und seine Partner; Anm. d. Verf.] führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“<sup>46</sup> Nach wie vor sahen er und die übrigen Interventionsbefürworter das westliche Einschreiten durch die Gewaltexzesse, das Flüchtlingselend und die systematische Verletzung von Menschenrechten im Kosovo legitimiert. Sie betonten ebenso, dass alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft worden seien. Milošević trage die Schuld – er habe „sein eigenes Volk, die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und die Staatengemeinschaft ein ums andere Mal hintergangen“.<sup>47</sup>

43 Volmer, Ludger (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 13/248, 16. Oktober 1998, S. 23152.

44 Lippmann-Kasten, Heidi (PDS): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/21, 25. Februar 1999, S. 1554.

45 Vgl. Bundesregierung: *Antrag der Bundesregierung auf deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt*, BT-Drucksache 13/11469, 12. Oktober 1998.

46 Schröder, Gerhard: *Erklärung des Bundeskanzlers zur Lage im Kosovo*, 24. März 1999, <http://kosova.org/allied-force/statement/schroeder/index.asp> [24.12.2008].

47 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2571.

Die völkerrechtliche Problematik spielten die Befürwortern erneut als „verfassungsrechtliche Rabulistik, die nicht weiterführt“ herunter.<sup>48</sup> Im Übrigen betonten sie wiederholt, dass das Bundesverfassungsgericht eine Klage der PDS-Fraktion gegen die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der militärischen Operation im Kosovo abgewiesen habe. Das Fehlen eines UN-Mandats bedauerten sie zwar, schwächten diesen Punkt aber mit dem Hinweis auf die besonderen Umstände im Sicherheitsrat und mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines Einschreitens im Angesicht eines Völkermordes ab.

Die Befürworter anerkannten zwar schließlich auch die historische Bedeutung des Bundeswehreinsatzes, verknüpften ihn aber argumentativ mit der Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Handelns gegen die unmenschlichen Gräueltaten im Kosovo. „Europa“, so Kanzler Schröder, spräche „angesichts der schwierigen Mission [...] wirklich mit einer Stimme“.<sup>49</sup> An den Diskurs über die „Zukunft Europas“ und ein „Europa der gemeinsamen Werte“ knüpften die Befürworter ebenso an. Es ginge „um Prinzipien, die sich aus der Kulturgeschichte Europas ergeben“.<sup>50</sup> Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Peter Struck, erklärte:

„Wenn wir glaubhaft für den Aufbau und die Schaffung eines demokratischen Europas eintreten wollen, wenn wir für dieses Europa die höchsten Menschenrechtsnormen beanspruchen, dann bleibt uns nichts, als gegen die humanitäre Katastrophe, gegen Gewalt und Willkür im Kosovo entschieden vorzugehen.“<sup>51</sup>

Nicht zuletzt für Joschka Fischer waren die Geschehnisse im Kosovo „direkt und unmittelbar eine Krise in Europa, die durch Europa gelöst werden muss“.<sup>52</sup> Der Außenminister begegnete außerdem dem Vorwurf, dass von deutschem Boden nun erneut eine Politik des Krieges ausgehe. Die Politik Deutschlands sei

„nicht mit einer Aggressionspolitik vergleichbar, die aus nationalistischer Überhebung oder gar aus verbrecherischer rassistischer Verblendung entstanden ist und für die das Deutsche Reich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts [...] verantwortlich war. Wir sind in die internationale Staatengemeinschaft, also in die Demokratien der EU und der NATO, eingebunden.“<sup>53</sup>

Die Diskurshegemonie der Interventionsbefürworter wurde indes mit zunehmender Dauer der Luftangriffe herausgefordert – umso mehr, als deren Erfolg zunächst ausblieb. So wollten die Vertreter der pazifistischen Diskursformation der *unbedingten Zurückhaltung* gerade die Umdeutung der deutschen Geschichte nicht mittragen. Für sie stand die NATO-Operation in der Tradition einer aggressiven, militaristi-

48 Schäuble, Wolfgang (CDU): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2576.

49 Schröder, Gerhard (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2572.

50 Gerhardt, Wolfgang (FDP): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2582.

51 Struck, Peter (SPD): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2580.

52 Fischer, Joschka (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2584.

53 Ebd.: S. 2585.

schen Außenpolitik. Christian Ströbele bekannte: „Ich schäme mich für mein Land, das jetzt wieder im Kosovo Krieg führt und das wieder Bomben auf Belgrad wirft.“<sup>54</sup> Gregor Gysi fügte hinzu: „Deutschland hat in diesem Jahrhundert überhaupt kein Recht mehr, Bomben auf Belgrad zu werfen.“<sup>55</sup> Der Hauptkritikpunkt der Interventionsgegner blieb indes die fehlende völkerrechtliche Legitimation:

„Jugoslawien hat keinen der Staaten angegriffen, die jetzt Jugoslawien bombardieren. Deshalb ist es eben kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffskrieg. Und der ist völkerrechtlich verboten. Das ist eine Tatsache. Im Völkerrecht gibt es nichts dazwischen.“<sup>56</sup>

Die Interventionsgegner erteilten militärischen Maßnahmen zur Lösung von dergleichen Konflikten aber auch ganz prinzipiell eine Absage: „Krieg“, so die verbreitete Argumentation, dürfe „nicht wieder zum Mittel der Politik werden“.<sup>57</sup> Ein nachhaltiger Friede könne erstens nicht herbeigebombt werden, zweitens träfe das militärische Eingreifen vor allem die Zivilbevölkerung. Auch das Argument der „ultima ratio“ ließen sie nicht gelten: Die diplomatischen Bemühungen, so warfen sie den Befürwortern vor, seien von ungenügender Güte und zudem von zu kurzer Dauer gewesen.

Neben der moralisch und völkerrechtlich begründeten Kritik<sup>58</sup> wurde nun vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums die Frage nach den „wahren Kriegsursachen“ lauter gestellt. Insbesondere die USA und die NATO gerieten in die Kritik. Die Suche nach versteckten amerikanischen Motiven resultierte in teilweise grotesken Spekulationen. Die US-Generäle, so ein Vorwurf, hätten lediglich ihre neuen Waffen ausprobieren wollen. Eine andere Unterstellung lautete, es seien den Finanzexperten der Wall-Street daran gelegen gewesen, dem Dollar zu Kursgewinnen gegenüber dem Euro zu verhelfen (vgl. Meier-Walser 1999: 91). Gemutmaßt wurde auch, dass Präsident Clinton lediglich von der sog. „Lewinsky-Affäre“ habe ablenken wollen.<sup>59</sup> Viele radikale Kritiker begriffen die NATO-Operation auch als Versuch der Vereinigten Staaten, ihre global-hegemoniale Position auszubauen, und sowohl die Allianz als auch die europäischen Staaten für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Und nicht zuletzt wurden solche Faktoren ins Feld geführt, die sehr häufig bei der Ursachenforschung für Konflikt und Krieg genannt werden – Rüstungsfirmen und ihr Interesse an neuen Aufträgen, demokratische Parteien und ihr Interesse daran, durch den Glanz siegreicher, aber mutmaßlich verlustfreier militärischer Aktionen Wählerstimmen zu gewinnen (vgl. Pradetto 1998: 28-29). Prominent

54 Ströbele, Christian (Bündnis 90/Die Grünen): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/30, 25. März 1999, S. 2423.

55 Gysi, Gregor (PDS): *Redebeitrag im Deutschen Bundestag*, BT-Plenarprotokoll 14/31, 26. März 1999, S. 2588.

56 Ebd.

57 Ebd.

58 Joetze (2001: 13-15) unterscheidet im deutschen Diskurs neben moralischer und völkerrechtlicher Kritik auch noch militärische und ökologische Kritik, wobei die beiden Letzteren eine eindeutig untergeordnete Rolle spielen.

59 Vgl. *Das kalte, weite Herz. Der Krieg gegen Serbien ist eine Katastrophe für unsere Moral*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Mai 1999.



firmierte eine geopolitische Interpretation, wonach der Kosovo-Krieg nur einen ersten Schritt in einem neuen „Drang nach Osten“ der USA und der NATO darstelle. Die Kontrolle über den Balkan solle eine geopolitische Verbindungslinie von Westeuropa über die Türkei und den Südkaukasus bis hin zu den Ölfeldern in Mittelasien absichern (vgl. Jahn 1999: 14). Als Indiz für derlei Motive werteten viele Interventionsgegner den Annex B des Rambouillet-Vertrages, der der NATO – in dieser Sicht – umfassende Rechte bei ihrer Friedensmission zugestand und die nationalstaatliche Souveränität Jugoslawiens kompromittierte. Darüber hinaus käme der Luftkrieg einer Demütigung Russlands gleich und manifestiere die Stärke der NATO, die für sich eine neue Rolle in der Weltgeschichte festschreiben wolle.<sup>60</sup>

Obwohl all diese Argumente letztendlich keine Hoheit im deutschen Kosovo-Diskurs erlangen konnten, stellten sie in jener zweiten Phase sehr wohl eine Gefahr für die Stabilität der neuen Regierungskoalition dar. Schon eine Woche nach Beginn der Luftschläge wuchsen Skepsis und Kritik innerhalb der SPD; und zwar sowohl an dem Einsatz selbst als auch an der deutschen Beteiligung daran.<sup>61</sup> Als Hauptkritiker erwies sich Oskar Lafontaine, der die NATO in einer Sackgasse sah: Weder sei die militärische Planung durchdacht, noch sei es richtig gewesen, Russland und die UN außen vor zu lassen. Lafontaine – der über die deutsche Zustimmung zu den Luftschlägen angeblich mitentschieden, und sie im Oktober 1998 mit keinem Wort kritisiert hatte (vgl. Fischer 2007: 105-106) – forderte nun das sofortige Ende der Angriffe und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch.<sup>62</sup> Er verwehrte sich gegen jede Dämonisierung der Serben. Stattdessen verurteilte er die Strategie der NATO und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die von der Allianz häufig als „Kollateralschäden“ bezeichneten zivilen Opfer: „Natürlich denken wir alle an die Menschen im Kosovo, die Vertreibung erleiden, die getötet wurden. Aber wir denken auch an die Menschen in Serbien, die sich ängstigen, die darunter leiden, daß bombardiert wird.“<sup>63</sup>

Großen Zweifel äußerten die Interventionsgegner nun auch daran, wie ihre eigene Regierung das Vorgehen der Serben im Kosovo vor Kriegsbeginn dargestellt hatte. Die Kritik entzündete sich vor allem an Verteidigungsminister Rudolf Scharping und dessen vorgeblicher Kenntnis eines Planes zur „systematische[n] Vorbereitung

60 Vgl. zu dieser Diskussion Hofmann, Gunter: *Wie Deutschland in den Krieg geriet*, in: Die Zeit, 12. Mai 1999, [http://www.zeit.de/1999/20/199920.krieg\\_.xml](http://www.zeit.de/1999/20/199920.krieg_.xml) [20.12.2008].

61 Wie der frühere Hamburger Bürgermeister und damalige Parteivorstand Henning Voscherau zogen auch die Regierungschefs des Saarlandes und Hamburgs, sowie die Landesvorsitzenden Bayerns und Baden-Württembergs die Begründung in Zweifel, mit den NATO-Einsätzen solle eine Katastrophe abgewendet werden. Vielmehr wäre bisher das Gegenteil eingetreten, vgl. *Nicht nur „die üblichen Verdächtigen“*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 1999.

62 Vgl. *Ruf nach Ende des Kosovo-Kriegs auf Mai-Kundgebungen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1999.

63 Lafontaine, Oskar: *Rede zum Anlass des 1. Mai vor dem Gewerkschaftskongress in Saarbrücken*, 1. Mai 1999, [http://www.jusos.org/medien/aktuell/rede\\_oskar\\_010599\\_text.html](http://www.jusos.org/medien/aktuell/rede_oskar_010599_text.html) [13.12.2004].

und Durchführung von Mord und Vertreibung der Bevölkerung im Kosovo“.<sup>64</sup> Auch die Begründung, der Krieg verhindere einen Völkermord, wurde infrage gestellt:

„So unbestreitbar die Morde an den Kosovo-Albanern sind, so schlimm die Menschenrechtsverletzungen, so verdammungswürdig Milosevic und seine Politik – ob die Nato wirklich einen ‚Völkermord‘ auf dem Balkan gestoppt hat, bleibt sehr umstritten.“<sup>65</sup>

Widerspruch regte sich darüber hinaus gegen die Parallelen, die der Außen-, vor allem aber der Verteidigungsminister zum Nationalsozialismus zogen („nie wieder Auschwitz“). Eine solche Strategie laufe Gefahr, die historische Einmaligkeit der NS-Verbrechen zu relativieren (vgl. Joetze 2001: 136).<sup>66</sup> Scharping gestand in der Folge zwar ein, dass „Vergleiche mit den Nazis [...] hier und da hinken“. Er bestand aber darauf, dass demjenigen, der „mit der selben fanatischen Überzeugung Menschen systematisch mordet, vertreibt, vergewaltigt und ihrer elementaren Rechte beraubt, [...] mit aller Macht in den Arm gefallen werden“ müsse. Er blieb bei seiner Wahrnehmung des Konfliktgegners: „Was jedenfalls Milosevic treibt, birgt einen faschistischen Kern: den Menschen missachten, ihn seiner Würde, Kultur und Identität berauben aus diesem einen Grunde: weil er anders ist.“<sup>67</sup>

Bundeskanzler Schröder trat den außer- und innerparteilichen Kritikern des Regierungskurses auf dem SPD-Sonderparteitag am 12. April 1999 entgegen: Es sei „falsch, davon zu reden, andere seien schuld an der Verschärfung der Situation“. Vielmehr habe die jugoslawische Regierung „von Anfang an jenen brutalen Feldzug der ethnischen Säuberung geplant“.<sup>68</sup> Der „wesentliche Grund“ für die deutsche Teilnahme an den NATO-Luftschlägen liege darin, dass „Deportationen, Mord und Vertreibung“ nie wieder politisch geduldet werden dürften.<sup>69</sup> Mit diesem entschiedenen Festhalten an den Argumentationsmustern der Befürworter konnte sich der Kanzler innerhalb der SPD schließlich durchsetzen.<sup>70</sup>

64 Dieser sog. „Hufeisenplan“ wurde von Verteidigungsminister Scharping mehrfach zur Begründung der Intervention herangezogen, vgl. Scharping, Rudolf: *Der Stein auf unserer Seele*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1999. Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang später der Vorwurf, die Regierung habe Informationen über die Lage im Kosovo bewusst gefälscht, vgl.: *Es begann mit einer Lüge*, ARD Monitor, 8. Februar 2001, <http://www.youtube.com/watch?v=HBHefedY4fw> [30.12.2008].

65 Follath, Erich: *Der etwas andere Krieg, Kosovo (Teil III)*, in: Der Spiegel, 17. Januar 2000, S. 154.

66 Die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ urteilte: „Die aufgeregten Geschichtsvergleiche, die in den ersten Kriegswochen von Mitgliedern des Bundeskabinetts angestellt wurden, waren fahrlässig – nicht nur Rudolf Scharping hat da entschieden des Guten gemeint zu viel getan“, vgl. Ross, Jan: *Die Geister, die der Krieg rief. Der Kosovo-Konflikt und die Osterweiterung des deutschen Bewusstseins*, in: Die Zeit, 17. Juni 1999.

67 Scharping, Rudolf: *Der Stein auf unserer Seele*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1999.

68 Schröder, Gerhard: *Rede auf dem SPD-Parteitag*, Bonn, 12. April 1999, S. 38, <http://www.april1999.spd-parteitag.de/dokumentation.pdf> [2.12.2008].

69 Ebd.: S. 40.

70 Damit wurde das zur Wirklichkeit, was sich bereits in den Beschlüssen zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD auf den Parteitagen in Hannover (Dezember 1997) und Leipzig

Schwieriger als für ihn und Verteidigungsminister Scharping erwies sich der Umgang mit wachsender parteiinterner Kritik für Außenminister Fischer.<sup>71</sup> Die Grünen hatten sich noch einige Jahre zuvor selbst einem von der UN sanktionierten Aufruf zur Befreiung Kuwaits verweigert. Nun fanden sie sich als Regierungspartei in einem Krieg ohne UN-Mandat wieder. Im Koalitionsvertrag hatte man das „Gewaltmonopol“ der Vereinten Nationen noch bestätigt. Auf einem außerordentlichen Parteitag am 13. Mai 1999 prallten die grundsätzlichen Positionen aufeinander. Gleich mehrere gegensätzliche Anträge wurden eingebracht – darunter auch solche, die sich ausdrücklich hinter die Außenpolitik Fischers stellten.<sup>72</sup> Die heftigen, teils gewaltsamen Auseinandersetzungen am Rande des Parteitags<sup>73</sup> hielten den Außenminister indes nicht davon ab, die vielleicht bedeutendste Rede seiner politischen Karriere zu halten. Zwar blieb seine Argumentation im Vergleich zu vorherigen Reden insgesamt konstant; die moralische Legitimation der Luftschläge erhielt jedoch einen besonderen Stellenwert. Fischer verband den Kosovo-Konflikt rhetorisch mit seiner eigenen Biographie und den „Lehren“ aus der deutschen Geschichte. Er erinnerte an Auschwitz, Solingen<sup>74</sup> und Srebrenica. So kam er zu dem Schluss, dass „nie wieder Krieg“, „nie wieder Auschwitz“, „nie wieder Völkermord“ und „nie wieder Faschismus“ zwar weiterhin zusammengehörten, unter den gegebenen Umständen ein militärisches Eingreifen aber unumgänglich sei, und das Argument des „nie wieder Krieg“ so an Kraft verlieren müsse. Sonst würde „Milosevic in seiner Brutalität, Milosevic in seiner Radikalität, Milosevic in seiner Entschlossenheit, den ethnischen Krieg ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung durchzusetzen, diesen [...] Krieg zuendebringen“.<sup>75</sup>

Der Minister lehnte daher auch eine einseitige und unbefristete Einstellung der Luftangriffe klar ab. Er drohte er mit seinem Rücktritt im Fall eines entsprechenden Parteitagsbeschlusses. Für die rot-grüne Regierungskoalition hätte dies möglicherweise das frühe Ende bedeutet. Die Argumentation Fischers verfiel bei einem Gutteil der ansonsten pazifistisch eingestellten Delegierten: Eine knappe Mehrheit (444 Stimmen) votierte letztendlich für den Antrag des Bundesvorstandes. Darin wurde die Bundesregierung lediglich aufgefordert, „sich dafür einzusetzen, daß die NATO

(April 1998) angedeutet hatte. Zum Wandel der sicherheits- und interventionspolitischen Einstellung der SPD in den 1990er Jahren vgl. Dammann/Nadoll (1999: 47).

71 Der innerparteiliche Diskurs der Grünen, der zu großen Teilen aber auch den gesamtdeutschen Diskurs mit seinen Argumenten über das Für und Wider zu einer militärischen Intervention im Kosovo widerspiegelt, ist sehr gut dokumentiert in Hänsel/Strobbe (2002).

72 54 Anträge zum Kosovo-Konflikt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Mai 1999.

73 Im Zuge der Auseinandersetzungen erlitten mehrere Demonstranten Verletzungen; die Polizei nahm über 60 Personen fest. Außenminister Fischer selbst wurde von einem Demonstrant mit einem Farbbeutel beworfen und leicht verletzt.

74 In Solingen waren am 29. Mai 1993 fünf Menschen türkischer Abstammung bei einem Brandanschlag mit rechtsextremem Hintergrund ums Leben gekommen.

75 Fischer, Joschka: *Rede auf dem außerordentlichen Parteitag in Bielefeld*, 13. Mai 1999, <http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/kos-fisc.htm> [2.12.2008].

einseitig eine Unterbrechung der Luftangriffe auf Jugoslawien erklärt“.<sup>76</sup> Für den von Christian Ströbele und Bärbel Höhn eingebrachten Alternativantrag, der eine sofortige Beendigung der Luftschläge forderte, stimmten nur 318 Delegierte. Bis zum Kriegsende am 10. Juni 1999 konnte der Flügel der „Realos“ um Außenminister Fischer die innerparteiliche Diskurshegemonie aufrechterhalten.<sup>77</sup>

Bemerkenswert im Zusammenhang mit der Debatte um die moralische Legitimation und das „Auschwitz“-Argument Joschka Fischers war das breite Echo im Diskurs der Intellektuellen.<sup>78</sup> Der Begriff Auschwitz, so der Historiker Heinz Kittsteiner (1999: 5), wurde „zum deutschen Argument für ein militärisches Eingreifen so wie [für; Anm. d. Verf.] die Westmächte ihr ‚München‘ und ihre Angst vor einer Appeasementpolitik“. Frank Schirrmacher, Publizist und Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, verband den Kosovo-Krieg mit einer tiefen Zäsur:

„Auschwitz [...] war jahrzehntelang Begründung einer fast absoluten Friedensverpflichtung der Deutschen. [...] Jetzt steht Auschwitz für die sittliche Notwendigkeit des Krieges. [...] Anders als in den anderen europäischen Ländern wird dieser Krieg in Deutschland dadurch eben nicht nur zu einer universalethischen Sache, sondern auch zu einer Angelegenheit des nationalen Interesses.“<sup>79</sup>

Was dieses „nationale Interesse“ genau ausmachen sollte blieb jedoch offen. Den wohl meistdiskutierten und meistkritisierten Versuch einer Synthese aus Recht und Moral unternahm Jürgen Habermas (vgl. Meier-Walser 1999: 95). Er befürwortete und begründete die Intervention mit einem Handlungszwang zur Beförderung eines „weltbürgerlichen Zustandes“; einer Form der Weltinnenpolitik:

„Weil der Sicherheitsrat blockiert ist, kann sich die NATO nur auf die moralische Geltung des Völkerrechts berufen – auf Normen, für die keine effektiven, von der Völkergemeinschaft anerkannten Instanzen der Rechtsanwendung und -durchsetzung bestehen.“<sup>80</sup>

Allerdings fürchtete auch Habermas um die Schaffung eines Präzedenzfalls. Gerade der „Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand über die Gräben eines [...] auch mit Waffen ausgetragenen Konfliktes hinweg“ gebiete Vorsicht. „Die Selbstermächtigung der NATO darf nicht zum Regelfall werden.“<sup>81</sup> Vergleiche zu Hitler und Auschwitz wurden im deutschen Diskurs aber auch vonseiten der Kriegsgegner bemüht. So griff der Schriftsteller Peter

76 *Frieden und Menschenrechte vereinbaren! Für einen Frieden, der seinen Namen zurecht trägt!*, Beschluss der zweiten außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld, 13. Mai 1999, Archiv Grünes Gedächtnis, Ordner BDK, Bielefeld.

77 Die „Versöhnung“ mit dem radikal-pazifistischen Flügel erfolgte erst im Rahmen der Auseinandersetzung mit den politischen und zivilen Ansätzen zur (Post-)Konfliktbearbeitung nach Kriegsende, bei deren Ausgestaltung und internationaler Umsetzung nicht zuletzt Außenminister Fischer eine entscheidende Rolle spielte.

78 Für den Diskurs innerhalb der gesellschaftlichen Elite vgl. insbesondere Schirrmacher (1999).

79 Schirrmacher, Frank: *Luftkampf. Deutschlands Anteil am Krieg*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 1999.

80 Habermas, Jürgen: *Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral*, in: Die Zeit, 29. April 1999.

81 Ebd.

Schneider sowohl Hans Magnus Enzensberger als auch Habermas wegen deren Bewertung der NATO-Angriffe scharf an. Dem atlantischen Bündnis selbst warf er vor, ein „neues Auschwitz erreicht“ zu haben.<sup>82</sup>

#### 2.1.4 Zusammenfassung

Der Kosovo-Konflikt wurde in der Bundesrepublik als eine ethnisch und nationalistisch motivierte Aggression Serbiens gegenüber den Kosovo-Albanern aufgefasst. Slobodan Milošević – meist als menschenverachtender Nationalist oder Faschist beschrieben – galt dabei als der Hauptschuldige (vgl. Jahn 1999: 31). Diese einseitige Schuldzuweisung verwundert nicht, denn sie entspricht den Konfliktwahrnehmungen im deutschen Diskurs aus den frühen 1990er Jahren (vgl. Krause 2000: 399).

Die Interventionsbefürworter legitimierten den Einsatz der NATO in hohem Maße moralisch: Er verhindere eine „humanitäre Katastrophe“ und beende systematische Menschenrechtsverletzungen, respektive „Völkermord“. Aus der deutschen Geschichte leiteten sie die Argumente „nie wieder Auschwitz“ und „kein zweites Bosnien“ ab. Ein Teil der Befürworter (um Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer sowie ihre Unterstützer bei der SPD und den Grünen) schlussfolgerte hieraus, dass es gerechtfertigt und geboten sei, sich über den „völkerrechtlichen Notstand“ und die Blockade des Sicherheitsrats hinwegzusetzen. Das kollektive Handeln von Demokratien reiche als Legitimationsgrundlage aus. Eine zweite Gruppe (um Klaus Kinkel und Volker Rühe) beurteilte die Frage der völkerrechtlichen Legitimation als unproblematisch. Sie bevorzugte zwar politische und diplomatische Mittel zur Konfliktlösung, zog die Möglichkeit militärischer Gewaltanwendung aber als „ultima ratio“ in Betracht. Der Einsatz von Bodentruppen wurde im deutschen Diskurs aber weitgehend ausgeschlossen. Auch die Vermeidung einer internationalen Isolation bzw. eines deutschen „Sonderwegs“ spielte in den Argumentationen eine herausragende Rolle. Die Notwendigkeit multilateralen Handelns in den entsprechenden Institutionen im Einklang mit den europäischen und westlichen Partnern wurde stets hervorgehoben. Während einige Diskursträger (vor allem Außenminister Fischer) in diesem Zusammenhang auch die gemeinsame europäische Dimension und Verantwortung bei der Konfliktbearbeitung hervorhoben, argumentierten andere (vor allem Volker Rühe und Klaus Kinkel) mit der erforderlichen Bündnistreue und Bündnisfähigkeit gegenüber den USA bzw. der Nordatlantischen Allianz. Meist wurden aber beide Argumentationsstränge verknüpft, so dass das Deutungsangebot der Bündnissolidarität auf ein zusätzliches Legitimationspotential zurückgreifen konnte. Die enge Verbindung des Themas „Europa“ mit den Normen der Integration und der Westbindung kam dem zu Gute (vgl. Florack 2002: 78).

Die Interventionsgegner argumentierten überwiegend aus völker- und verfassungsrechtlichen Erwägungen heraus. Für sie brach der Krieg das Völkerrecht und

82 Zit. n. *Nur die Macht zählt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1999.

verstieß auch gegen das im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskrieges (Art. 26 GG). Diese Gruppe fürchtete die Schaffung eines Präzedenzfalls und die Etablierung eines „Rechts des Stärkeren“. Auch sie bezog ihre moralischen Argumente aus den „Lehren der Geschichte“, maß aber der Maxime „nie wieder Krieg“ eine größere Bedeutung zu als jener des „nie wieder Auschwitz“. Im Rückgriff auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffes vom „deutschen Sonderweg“ warnten die Interventionsgegner überdies vor einer Remilitarisierung und Renationalisierung der deutschen Außenpolitik.

Für den deutschen Diskurs bemerkenswert ist das weitgehende Fehlen solcher Argumentationsmuster, die sich zur Begründung der westlichen Intervention – und der deutschen Beteiligung daran – auf klassische „nationale Interessen“ beriefen. Lediglich die Rufe nach einem baldigen Stopp des Flüchtlingsstroms und nach Stabilität in der Region, sowie die Appelle, den deutschen Einfluss in der NATO zu wahren, können diesem Strang zugeordnet werden. Dies kann durchaus als Beleg für die anhaltende Gültigkeit der These von der „Zivilmacht“ Deutschland gewertet werden (vgl. Maull 2000). Den Diskurs dominierten die moralischen und ethischen, mit historischen Bezügen angereicherten Argumentationsmuster. Nicht zuletzt Hans Magnus Enzensberger hat früh auf diesen Umstand hingewiesen:

„Die klassischen Kriegsgründe sind: Eroberung, geostrategische Interessen, Kampf um Handelsrouten, Absatzmärkte und Rohstoffvorkommen. Keiner dieser Gründe spielt bei dem gegenwärtigen Konflikt eine Rolle. Daher das ungläubige Rätselraten über die Motive des Westens. [...] Ein Krieg aus humanitären Gründen erscheint den Skeptikern unvorstellbar, doch ihre Suche nach bösen amerikanischen Hintergedanken hat bisher keine Früchte getragen. Womöglich handelt es sich tatsächlich um ein historisches Novum.“<sup>83</sup>

## 2.2 Auswertung

### 2.2.1 Identität und Verhalten

Obwohl die aktive Beteiligung an einem Krieg außerhalb des NATO-Gebiets und ohne UN-Mandat ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellte, war das Verhalten Deutschlands im Kosovo-Konflikt gesellschaftlich breit legitimiert und insgesamt wenig umstritten (*uncontestedness*). Die Beteiligung bewegte sich im Rahmen der identitären Vorgaben, die sich aus den Identitätselementen das *verantwortungsbewusste Deutschland*, die *deutsche Frage*, *Deutschland als Teil des Westens*, das *europäische Deutschland* und das *multilaterale Deutschland* zusammensetzten. So bemühte sich die Bundesrepublik in hohem Maße um eine Internationalisierung des Konflikts – inklusive der Einbeziehung Russlands (das *multilaterale Deutschland*), und sie scheute Alleingänge (die *deutsche Frage*, das *verantwortungsbewusste Deutschland*). Berlin engagierte sich zudem über den gesamten

83 Enzensberger, Hans Magnus: *Ein seltsamer Krieg. Zehn Auffälligkeiten*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. April 1999.

Konflikt hinweg für politische Lösungen und Diplomatie (das *verantwortungsbewusste Deutschland*). Dem Militäreinsatz stimmte es nur als „ultima ratio“ zu. Sicherheitspolitisch richtete es sich eng an der NATO und den USA aus (*Deutschland als Teil des Westens*). Zugleich versuchte die Bundesregierung die europäischen Partner „mitzunehmen“ und die EU in die Konfliktlösung einzubeziehen (*Deutschland als Teil Europas*). Dass sich die Bundeswehr unter den oben genannten Umständen an den Luftschlägen der NATO beteiligte, ist mit dem traditionellen Streben Deutschlands nach Wahrung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zwar nicht in Einklang zu bringen. Der Einsatz wurde jedoch wiederum in ein ganzes Bündel politischer und friedensfördernder Maßnahmen eingebettet, die auf die Konfliktbeendigung und die Gestaltung der Zeit nach dem Krieg abzielten. Von Deutschland gingen so nicht zuletzt der Fischer-Plan oder die Initiative für den Balkan-Stabilitätspakt aus (das *multilaterale Deutschland*, das *verantwortungsbewusste Deutschland*).

Die weitgehende Unstrittigkeit der Kriegsbeteiligung erklärt sich daraus, dass die Handlungsempfehlungen der Diskursformation der *Normalisierung* mit jenen der Vertreter einer *bedingten Zurückhaltung* zusammenfielen. Dies ging auf Kosten des traditionellen, pazifistischen Verständnisses; die Diskursformation der *unbedingten Zurückhaltung* wurde eindeutig schwächer. Dieser identitäre Wandel hatte sich zwar schon im Out-of-area-Diskurs der frühen 1990er Jahre vollzogen, wurde nun aber erstmals auch in außenpolitisches Verhalten umgesetzt. Die von Außenminister Fischer schon während der Bosnien-Kriege vorangetriebene Neuinterpretation eines *verantwortungsbewussten Deutschland* erlaubte es, humanitäre Interventionen zu rechtfertigen. Sie wurde nun verhaltensrelevant. Anders als noch einige Jahre zuvor war die Relativierung pazifistischer Ideale nun nur noch wenig umstritten. Kurz: Die Bundesregierung füllte einen bereits Mitte der 1990er Jahre identitär abgesicherten Handlungsspielraum jetzt aus. Damit lässt sich auch das Verhaltensrätsel beantworten: Der für sich allein betrachtet bemerkenswerte außenpolitische Verhaltenswandel – die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation Allied Force – ist identitätstheoretisch nachgerade erwartbar: er stellt einen Fall „nachholenden Wandels“ dar.

### 2.2.2 Identität und Diskurs

Wie genau wurde dieser „nachholende Wandel“ aber diskursiv erreicht und abgesichert? Zunächst und in besonderem Maße nahmen die Diskursteilnehmer auf das Identitätselement das *verantwortungsbewusste Deutschland* Bezug. Einerseits nutzten es die Interventionsbefürworter, indem sie das Motiv der historischen Verantwortung Deutschlands umdeuteten: Gerade *weil* die Bundesrepublik am Erbe Hitlers und des Nationalsozialismus trage, stehe sie in der Verantwortung, gegen nationalistisch und ethnisch motivierte Verbrechen vorzugehen. Die Maxime „nie wieder Auschwitz“ rangierte hier also höher als jene des „nie wieder Krieg“ (*signifying*). Für einen großen Teil des linken politischen Spektrums, insbesondere bei den

Grünen, markierte der Kosovo-Diskurs den vorläufigen Schlusspunkt in einem Prozess, der den vormals handlungsleitenden antimilitaristischen Konsens aufbrach. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die im Diskurs erfolgreiche Anwendung des Begriffs der „humanitären Katastrophe“ (*naming*). Er diente als Bezugspunkt für alle denkbaren Verstöße gegen die Menschenrechte und war somit hochgradig anschlussfähig. Militärische Intervention zur Verhinderung einer solchen Katastrophe galt als legitimes letztes Mittel.

Andererseits waren es die Interventionsgegner, die aus dem selben Identitätselement weiterhin die traditionelle Handlungsanweisung ableiteten. Verantwortungsbewusst vor und aus der deutschen Geschichte zu handeln bedeutete hier, nie wieder (Angriffs-)Kriege zu führen. Die deutsche Geschichte lehre, dass das Völkerrecht unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse, und das Gewaltmonopol allein bei den Vereinten Nationen liege.

Auch das Identitätselement *das multilaterale Deutschland* wurde im Diskurs mit einer neuen Bedeutung versehen. Es spielte eine entscheidende Rolle. Der im deutschen außen- und sicherheitspolitischen Diskurs bekannte und fest verankerte Begriff des „Sonderwegs“ wurde von den Interventionsbefürwortern umgedeutet und somit anschlussfähig (*signifying*). Die Befürworter nutzten den Begriff nunmehr zur Rechtfertigung einer militärischen Intervention. Die Gegner der deutschen Beteiligung trugen diese Umdeutung nicht mit.

Das Identitätselement *Deutschland als Teil des Westens* war eng mit jenem des *multilateralen Deutschland* verknüpft: es wurde durch *referencing* an die im deutschen außen- und sicherheitspolitischen Diskurs tief verankerten Begriffe der „Bündnissolidarität“ und „Bündnisfähigkeit“ angebunden. Für die Interventionsbefürworter waren beide Begriffe in ihrer Argumentation zentral. Verwendet wurden sie parteiübergreifend (mit Ausnahme der PDS und eines Teils der Grünen), wobei sie in den Argumentationsmustern der Diskursträger in Union und FDP eine gewichtigere Rolle einnahmen.

Das Identitätselement *Deutschland als Teil Europas* wurde sowohl in Verbindung mit dem Identitätselement *das multilaterale Deutschland* als auch mit dem des *verantwortungsbewussten Deutschland* angewendet. Zum einen verwiesen die Befürworter der deutschen Beteiligung auf das gemeinsame, multilaterale Vorgehen im Einklang mit den europäischen Partnern und Institutionen. Zum anderen verwiesen vor allem die Diskursträger der rot-grünen Regierungsparteien auf die europäische Dimension der Ursachen und der Bearbeitung des Konflikts. Deutschland trage nicht nur für sich allein, sondern auch für und mit Europa die Verantwortung, bei systematischen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord auf dem eigenen Kontinent einzuschreiten. In diesem Zusammenhang wurden die Redewendungen „kein zweites Bosnien“ bzw. „kein zweites Srebrenica“ geprägt (*naming*).

Im Identitätselement *die deutsche Frage* trafen die beiden großen traditionellen Diskursformationen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – *Zurückhaltung* und *Normalisierung* – zusammen. Die Interventionsbefürworter verknüpften ihre Position einerseits mit verantwortungsbewusstem und verantwortungsbereitem Handeln, andererseits mit dem Anspruch eines wiedervereinten, souveränen Deutsch-



land, das bei der Bearbeitung von internationalen Konflikten gefordert und gebraucht werde. Die (pazifistischen) Gegner der Luftschläge spielten hingegen auf Deutschlands Großmachtstreben in der Geschichte an. Die *deutsche Frage* beantworteten sie mit dem Rekurs auf eine traditionelle, pazifistische Politik der *unbedingten Zurückhaltung*.

### 2.2.3 Diskurshegemonie

Die Argumente der Befürworter einer deutschen Beteiligung fielen in der deutschen Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden und erlangten die Diskurshegemonie. Schon der Bundestag hatte mit großer Mehrheit von 500 gegen 62 Stimmen für eine deutsche Beteiligung am Kriegseinsatz gestimmt. 18 Abgeordnete enthielten sich.<sup>84</sup> Diese breite parlamentarische Zustimmung entsprach den Mehrheitsverhältnissen in der deutschen Bevölkerung. Im April 1999 unterstützten 63 Prozent die Beteiligung Deutschlands an der NATO-Kampagne, 34 Prozent waren dagegen (vgl. Ramet/Lyon 2001: 92). Angesichts der historischen Tragweite des Einsatzes ist dies bemerkenswert. Hatte die deutsche Öffentlichkeit den Golf-Krieg 1991 noch kontrovers und hoch emotional diskutiert und sich mehrheitlich gegen einen – völkerrechtlich legitimierte – Krieg ausgesprochen, stimmte sie dem Handeln im Kosovo nun vergleichsweise kritiklos zu (vgl. Geis 2005: 6; Schwelling 2007: 105). Im April 1999 unterstützten 63 Prozent die Beteiligung Deutschlands an der NATO-Kampagne, 34 Prozent waren dagegen (vgl. Ramet/Lyon 2001: 92). Dies belegt die Überzeugungskraft der Argumente der Interventionsbefürworter. Auch die Darstellung Milošević als Aggressor und Verbrecher wurde von der Bevölkerung geteilt: Im April 1999 betrachteten ihn 81 Prozent als Kriegsverbrecher, nur fünf Prozent teilten diese Ansicht nicht (vgl. Everts 2001: 241). Auch bezüglich der Legitimation des NATO-Einsatzes durch das moralische Argument der „humanitären Katastrophe“ fiel das öffentliche Urteil insgesamt zustimmend aus.

Allerdings lassen sich bei genauerer Betrachtung Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen: Während eine Mehrheit von 59 Prozent der Westdeutschen die humanitäre Zielsetzung als das Hauptmotiv für den Kosovo-Krieg zu erkennen glaubte, waren dies in Ostdeutschland nur 38 Prozent (vgl. Hyde-Price 2001: 27). Auch die Zustimmungsraten zur Intervention selbst legten innerdeutsche Unterschiede offen. 64,4 Prozent der Westdeutschen stimmten dem militärischen Vorgehen der NATO im April 1999 zu; ebenso viele hielten eine Beteiligung der Bundeswehr für richtig. Demgegenüber sprach sich in Ostdeutschland nicht nur eine Mehrheit von 55,8 Prozent gegen eine Beteiligung der Bundeswehr aus; ein ähnlich großer Anteil von 55,7 Prozent lehnte auch prinzipiell die Luftangriffe der NATO ab.<sup>85</sup> Diese Haltung in Ostdeutschland entsprach dem Abstimmungs- und Diskursverhalten der PDS im Bundestag. Die Spanne zwischen den sicherheitspolitischen

<sup>84</sup> BT-Plenarprotokoll 13/248, S. 23161.

<sup>85</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: *Politbarometer*, April 1999.

Einstellungen der Bürger in den alten und den neuen Ländern, die bis 1998 geringer geworden war, tat sich wieder auf.<sup>86</sup> Es ist zu vermuten, dass jene Argumentationsmuster, die sich auf das (ursprünglich westdeutsche) Identitätselement *Deutschland als Teil des Westens* bezogen, in den neuen Bundesländern geringere Chancen auf Diskurshegemonie hatten. Die ostdeutschen Bürger waren gegenüber der NATO, den USA bzw. den transatlantischen Beziehungen kritischer eingestellt. So war es in den neuen Ländern im Falle des Kosovo-Krieges schwieriger, den Bündnischarakter der Bundeswehr und die damit einhergehenden Verpflichtungen im Diskurs herauszustellen. Das Argument der Bündnistreue spielte für die gesellschaftliche Legitimation aber trotzdem eine entscheidende Rolle. Denn obwohl die ostdeutsche Bevölkerung einen Einsatz von Bodentruppen prinzipiell ablehnte, hießen 47 Prozent (zu 44 Prozent) eine deutsche Beteiligung gut, selbst wenn dies eine NATO-Bodenoffensive vorbereiten würde (vgl. Everts 2001: 234). Die KFOR-Mission nach dem Ende der Luftangriffe fand dann sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland eine Mehrheit, wobei die Zustimmung im Westen wiederum deutlich höher ausfiel.<sup>87</sup>

Weitgehend übereinstimmend war das Meinungsbild in Ost und West schließlich bezüglich des Einsatzes von Bodentruppen. Eine klare Mehrheit von 67,9 Prozent im April und 66,6 Prozent im Mai 1999 sprach sich dagegen aus; im Osten lag die Ablehnungsrate dabei höher.<sup>88</sup> Diese gesamtdeutsche Skepsis legt den Schluss nahe, dass der Einsatz der Bundeswehr vonseiten der deutschen Öffentlichkeit im Jahr 1999 weiterhin nur unter grundsätzlichen Einschränkungen befürwortet wurde (vgl. Maull 2001: 114).

## Literatur

- Asmus, Ronald (1992): *Deutschland im Übergang. Nationales Selbstvertrauen und internationale Zurückhaltung*, in: Europa-Archiv 47:8, S. 199-211.
- Bach, Jonathan (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*, New York: St. Martin's Press.
- Bartsch, Sebastian (1998): *Außenpolitischer Einfluss und Außenbeziehungen der Parteien*, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München: Oldenbourg Verlag, S. 167-184.

86 Vgl. Biehl (2001: 27-28), für den sich der Kosovo-Konflikt in „dieser Perspektive [...] als Wendemarke der deutschen Sicherheitspolitik und der sicherheitspolitischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung in den neunziger Jahren“ erweist.

87 Im Juni 1999 sprachen sich in Ostdeutschland 51,2 Prozent für und 45,4 Prozent gegen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der KFOR aus. Im September 1999 sank die Zustimmung auf 49 Prozent, die Ablehnung stieg auf 47,1 Prozent. Im Westen dagegen äußerten sich sowohl im Juni als auch im September 1999 rund 70 Prozent zustimmend, nur etwa 26 Prozent ablehnend. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: *Politbarometer*, Juni und September 1999.

88 Forschungsgruppe Wahlen: *Politbarometer*, April und Mai 1999.

- Baumann, Rainer (2002): *The Transformation of German Multilateralism. Changes in the Foreign-Policy Discourse Since Unification*, in: German Politics and Society 20:4, S. 1-26.
- Baumann, Rainer/Hellmann, Gunther (2001): Germany and the Use of Military Force: „Total War“, the „Culture of Restraint“ and the Quest for Normality, in: Webber, Douglas (Hg.): *New Europe, New Germany, Old Foreign Policy? German Foreign Policy Since Unification*, London/Portland: Frank Cass, S. 61-82.
- Biehl, Heiko (2001): *Wendepunkt Kosovo? Sicherheitspolitische Einstellungen in den alten und neuen Ländern*, SOWI-Arbeitspapier 128, Strausberg.
- Bierling, Stefan (1999): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Normen, Akteure, Entscheidungen*, München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Buras, Piotr/Longhurst, Kerry (2004): *The Berlin Republic, Iraq, and the Use of Force*, in: European Security 13:3, S. 215-245.
- Crawford, Beverly (1996): *Explaining Defection From International Cooperation. Germany's Unilateral Recognition of Croatia*, in: World Politics 48, S. 482-521.
- Dalgaard-Nielsen, Anja (2003): *Gulf War: The German Resistance*, in: Survival 45:1, S. 99-116.
- Dammann, Michael/Nadoll, Jörg (1999): Jugoslawienpolitik, in: Maull, Hanns/Neßhöver, Christoph/Stahl, Bernhard (Hg.): *Lehrgeld: Vier Monate rot-grüne Außenpolitik*, Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 1, S. 41-56.
- Dobler, Wolfgang (Hg.) (1989): *Außenpolitik und öffentliche Meinung. Determinanten und politische Wirkungen außenpolitischer Einstellungen in den USA und der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main: Haag und Herchen Verlag.
- Everts, Philip (2001): War Without Bloodshed? Public Opinion and the Conflict Over Kosovo, in: Everts, Philip/Isernia, Pierangelo (Hg.): *Public Opinion and the International Use of Force*, London: Routledge, S. 229-259.
- Fischer, Joschka (2007): *Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*, Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Fisler Damrosch, Lori (2004): The United States Congress, the German Bundestag and NATO in Kosovo, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hg.): *The Double Democratic Deficit. Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices*, Aldershot: Ashgate, S. 131-146.
- Geis, Anna (2005): *Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen*, HSKF Standpunkte 2/2005, Frankfurt am Main, [http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005(druckfrei).pdf) [2.12.2008].
- Gordon, Philip (1994): *Berlin's Difficulties. The Normalization of German Foreign Policy*, in: Orbis 38:2, S. 225-243.
- Hänsel, Heiko/Strobbe, Heinz-Günter (2002): *Die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg: Schwerpunkte und Ergebnisse. Versuch einer Bilanz nach drei Jahren*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, <http://www.boell.de/alt/downloads/europa/kosovo.pdf> [2.12.2008].
- Hellmann, Gunther (2004): *Wider die machtpolitische Resozialisierung in der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus*, in: WeltTrends 12:42, S. 79-88.
- Hyde-Price, Adrian (2001): *Germany and the Kosovo War: Still a Civilian Power?*, in: German Politics 10:1, S. 19-34.
- Ismayr, Wolfgang (2007): Bundestag, in: Schmidt, Sigmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reimund (Hg.): *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 175-191.
- Jahn, Egbert (1999): „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ *Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem*, Untersuchungen des FKKS 23/1999, Mannheim.

- Jochum, Michael (2007): Bundespräsident, in: Schmidt, Sigmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reimund (Hg.): *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 169-174.
- Joetze, Günter (2001): *Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik*, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Katsioulis, Christos/Nadoll, Jörg (2003): Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 353-367.
- Katzenstein, Peter (1997): United Germany in an Integrated Europe, in: Katzenstein, Peter (Hg.): *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca/London: Cornell University Press, S. 1-48.
- Kittsteiner, Heinz (1999): *Das Ende der Unschuld. Deutsche Moral und Politik im Krieg*, in: Kursbuch 136, S. 1-13.
- Krause, Joachim (1998): Die Rolle des Bundestages in der Außenpolitik, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen*, München: Oldenbourg Verlag, S. 137-152.
- Krause, Joachim (2000): Deutschland und die Kosovo-Krise, in: Clewing, Konrad/Reuter, Jens (Hg.): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*, München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, S. 395-416.
- Libal, Michael (1994): Grundfragen der Jugoslawienkrise aus deutscher Sicht, in: Wagenlehner, Gerd (Hg.): *Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Europa*, München: Südosteuropa-Gesellschaft, S. 234-238.
- Lucarelli, Sonia (1997): Europe's Response to the Yugoslav Imbroglia, in: Jørgensen, Knud (Hg.): *European Approaches to Crisis Management*, The Hague: Kluwer Law, S. 35-36.
- Mandelbaum, Michael (1996): *The Dawn of Peace in Europe*, New York: Twentieth Century Fund Press.
- Mauß, Hanns (1996): *Germany in the Yugoslav Crisis*, in: *Survival* 37:4, S. 99-130.
- Mauß, Hanns (2000): *Germany and the Use of Force: Still a „Civilian Power“?*, in: *Survival* 42:2, S. 56-80.
- Mauß, Hanns (2001): Germany's Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a „Civilian Power“?, in: Harnisch, Sebastian/Mauß, Hanns (Hg.): *Germany as a Civilian Power. The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester: Manchester University Press, S. 106-127.
- Mauß, Hanns/Stahl, Bernhard (2002): *Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43:1, S. 82-111.
- Meier-Walser, Reinhard (1999): *Der Kosovo-Krieg im Spiegel der Feuilletons. Streiflichter der deutschen Intellektuellen-Diskussion*, in: *Politische Studien* 50:4, S. 90-99.
- Müller, Harald (1994): Military Intervention for European Security: The German Debate, in: Freedman, Lawrence (Hg.): *Military Intervention in European Conflicts*, Oxford: Blackwell Publishing, S. 125-142.
- Nadoll, Jörg (2003): Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-55), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 340-352.
- Philippi, Nina (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*, Frankfurt am Main: Peter Lang.

- Pradetto, August (1998): *Konfliktmanagement durch militärische Intervention? Dilemmata westlicher Kosovo-Politik*, Studien zur Internationalen Politik 1, Universität der Bundeswehr Hamburg, S. 7-56.
- Ramet, Sabrina/Lyon, Phil (2001): Germany: The Federal Republic, Loyal to NATO, in: Weymouth, Anthony/Henig, Stanley (Hg.): *The Kosovo Crisis – The Last American War in Europe?*, London: Reuters, S. 83-105.
- Schirmmacher, Frank (Hg.) (1999): *Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schreckenberger, Waldemar (1994): *Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen: Koalitionsgespräche und Koalitionsrunden*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 25:3, S. 329-345.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schwarz, Hans-Peter (1994): *Die Zentralmacht Europas: Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin: Siedler Verlag.
- Schwelling, Birgit (2007): Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit, in: Schmidt, Sigmar/Hellmann, Gunther/Wolf, Reimund (Hg.): *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 101-111.
- Siwert-Probst, Judith (1998): Die klassischen außenpolitischen Institutionen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik. Bd.4: Institutionen und Ressourcen*, München: Oldenbourg Verlag, S. 13-28.
- Thumann, Michael (1994): *Between Ambition and Paralysis – Germany's Balkan Policy 1991-1994*, Paper presented at the Workshop „Lessons of Western Response to the Crisis in Former Yugoslavia”, Spiloto, Centro Studi di Politica Internazionale/Winston Foundation for World Peace.
- Woodward, Susan (1995): *Balkan Tragedy: Chaos and Dissolution after the Cold War*, Washington DC: Brookings Institution.

